



Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dem Ruf nach Bürgerrechten, Demokratie und Freiheit folgen – Nordafrika unterstützen und Flüchtlingen eine Perspektive bieten!

Der Landtag wolle beschließen:

- 1) Der schleswig-holsteinische Landtag solidarisiert sich mit der friedlichen Demokratiebewegung der Bürgerinnen und Bürger in den arabischen Staaten und würdigt das Engagement und den Mut der Menschen vor Ort.
- 2) Der schleswig-holsteinische Landtag erklärt seine Bereitschaft für eine sofortige Aufnahme schutzbedürftiger Flüchtlinge aus Nordafrika und fordert die Landesregierung auf, dies dem Bundesministerium für Inneres mitzuteilen.
- 3) Der schleswig-holsteinische Landtag kritisiert die mangelnde Bereitschaft der Bundesregierung, die Aufnahme größerer Flüchtlingskontingente anzubieten.
- 4) Der schleswig-holsteinische Landtag spricht sich für eine gemeinsame europäische Asylpolitik, für humanitäre Sofortmaßnahmen in Nordafrika, für die Rücknahme der Dublin II-Verordnung und für eine geregelte Aufnahme von Flüchtlingen durch ein bundesweites Resettlementprogramm aus.
- 5) Der schleswig-holsteinische Landtag blickt mit Besorgnis auf die europäische Grenzpolitik. Völkerrechtler sehen in der Zurückweisung von Flüchtlingen auf den europäischen Meeren eine Verletzung des Refoulement-Verbots nach Genfer Flüchtlingskonvention und Europäischer Menschenrechtskonvention. Der schleswig-holsteinische Landtag und spricht sich gegen diese menschenrechtswidrigen Frontex-Einsätze aus.
- 6) Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für einen generellen Abschiebestopp in Staaten in Nordafrika und dem Nahen Osten, in denen Personen im

Fall einer Abschiebung Gefahr laufen, Opfer von Menschenrechtsverletzungen, gewalttätigen Übergriffen oder Auseinandersetzungen zu werden, einzusetzen.

Begründung:

Was mit dem Ruf nach Bürgerrechten, Demokratie und Freiheit begann, ist in einigen Ländern der arabischen Halbinsel und Nordafrikas in gewaltvolle Angriffe der Staatsführung auf DemonstrantInnen gemündet – eine Entspannung der politischen Lage ist in vielen arabischen Staaten nicht abzusehen. Immer wieder eskaliert die Situation, zuletzt mit den Massakern der syrischen Sicherheitskräfte an DemonstrantInnen in der südsyrischen Stadt Daraa und der Inhaftnahme zahlreicher MenschenrechtsaktivistInnen. Die Geschehnisse in Bahrain, Jemen, Libyen und Syrien zeigen, dass viele Regime nicht davor zurückschrecken, die friedlichen Proteste mit brutaler Gewalt niederzuschlagen.

Die derzeitige Situation an den europäischen Außengrenzen gibt daher in vielerlei Hinsicht Anlass zur Sorge. Wirtschaftliche Not, Unterdrückung, Gewalt und staatlicher Terror sind in den vergangenen Monaten zur Lebensrealität vieler Menschen geworden – Flüchtlingsströme sind eine logische Konsequenz. Dabei hat sich die Situation der nordafrikanischen Flüchtlinge längst zu einem europäischen Problem entwickelt und dennoch gelingt es der Europäischen Union nicht mit geeinter Stimme zu sprechen und auf die Herausforderungen zu reagieren. Neben einer Vielzahl von politischen Flüchtlingen, die in den vergangenen Wochen die Insel Malta erreichten, steht Italien vor der Herausforderung, den mittlerweile 26 000 Flüchtlingen auf der Insel Lampedusa politischen und wirtschaftlichen Schutz zu gewähren.

Die Gestaltung einer menschenwürdigen Politik im Umgang mit Wirtschaftsflüchtlingen und politisch Verfolgten liegt hierbei zu einem großen Teil auch in der Verantwortung der einzelnen Bundesländer und Regionen der europäischen Mitgliedsstaaten. Nicht zuletzt sind es die einzelnen Regionen, die schutzsuchenden Menschen eine Perspektive und einen sicheren Aufenthalt vor Ort gewährleisten müssen. Europaweit fordern Menschenrechtsorganisationen eine zügige Aufnahme von Flüchtlingen aus der arabischen Halbinsel und Nordafrika. Der Landtag Schleswig-Holstein möchte diesem Anliegen nachkommen, begreift sich als Teil Europas und wird sich aus diesem Grund aktiv an der bundes- und europapolitischen Debatte mit diesen konkreten Forderungen beteiligen.

Luise Amtsberg
und Fraktion